



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

1011 Wien, Stubenring 1
Fernschreib-Nr. 111145, 111780
Fernkopierer 73 79 95
Telefon 0222/7500 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Dr. Matousek/5629

Geschäftszahl 14.693/2-Pr.7/89

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1016 W i e n

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Betreff:

Rechtsangelegenheiten des
Bundeskanzleramtes;
Entwurf eines ATP-Durch-
führungsgesetzes;
Ressortstellungnahme

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	8-GE/989
Datum:	4. APR. 1989
Verteilt	05. April 1989

Modlhammer
H. Prantner

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
beehrt sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner an das
Bundeskanzleramt gerichteten Stellungnahme zum Entwurf des
in Betreff genannten Bundesgesetzes zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 28. März 1989

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Teyer



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

1011 Wien, Stubenring 1
Fernschreib-Nr. 111145, 111780
Fernkopierer 73 79 95
Telefon 0222 / 7500 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:
Dr. Matousek/5629

Geschäftszahl 14.693/2-Pr.7/89

An das
Bundeskanzleramt - Sektion IV

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Radetzkyst. 2
1031 W i e n

zu Zl. 71.007/19-VII/12/88 vom 31.1.1989

Betreff: Rechtsangelegenheiten des
Bundeskanzleramtes;
Entwurf eines ATP-Durch-
führungsgesetzes;
Ressortstellungnahme

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
beehrt sich zu dem oben ersichtlichen Gesetzesentwurf
Stellung zu nehmen wie folgt:

Zu § 4 Abs. 2 und 3 bzw. § 5 Abs. 1 und 2:

Im Zusammenhang mit diesen Bestimmungen darf angemerkt
werden, daß keine Entscheidungsfrist für die Entscheidung
des Bundeskanzlers bzw. Landeshauptmannes festgelegt wird.
Da jedoch von seiten der Wirtschaft wesentliches Interesse
an einer raschen Entscheidung gegeben ist, wird angeregt,
jeweils eine Entscheidungsfrist in der Länge von drei
Monaten vorzusehen.

- 2 -

Zu § 6 Abs. 1:

Um sicher zu stellen, daß ohne unnötigem Aufwand die jeweils in Betracht kommende, geeignete Prüfstelle ersehen werden kann, wird angeregt, die Landeshauptmänner zu verpflichten, ein Verzeichnis der Prüfstellen zu erstellen und aufzulegen.

Wien, am 28. März 1989

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

